

Jobcenter und Hartz 4: Kosten für Sicherheit stark angestiegen

Berliner Zeitung, 7.11.2019 - 16:10 Uhr

Berlin - Die Kosten für Sicherheitsdienste in den Jobcentern haben sich einem Bericht zufolge seit 2011 fast verdreifacht. Das geht aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Kleine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Pascal Kober hervor, über das die Zeitungen des Redaktionsnetzwerkes Deutschland (Freitagsausgaben) berichteten.

Demnach stiegen die Kosten für Sicherheitsdienstleistungen von 6,4 Millionen Euro im Jahr 2011 auf 17,5 Millionen Euro im Jahr 2018. Den Angaben der Bundesregierung zufolge gab es seit 2012 zwei Übergriffe auf Jobcenter-Mitarbeiter mit Todesfolge. Zudem wurden zwölf Körperverletzungen, 22 Gewaltandrohungen, zehn Bombendrohungen und neun Sachbeschädigungen gezählt.

Tatsächlichen Zahlen dürften allerdings höher sein

Die tatsächliche Zahl an Übergriffen dürfte allerdings höher sein, da diese Delikte nicht zentral erfasst werden. Eine generelle Meldepflicht für die Jobcenter existiert nicht.

Das Haus von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) verweist dem Zeitungsbericht zufolge in seiner Antwort auf die Eigenverantwortung der Jobcenter für die Sicherheit ihrer Beschäftigten. „Hier schaut die Bundesregierung bewusst weg, um die Verantwortung für die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern möglichst weit von sich fern zu halten“, kritisierte der FDP-Sozialexperte Pascal Kober.

Die Mitarbeiter bräuchten aber den politischen Rückhalt ihres Ministers Hubertus Heil und „müssen sich darauf verlassen können, dass er über ihre Alltagswirklichkeit in den Jobcentern Bescheid weiß“, betonte Kober. (afp)

Das könnte Sie auch interessie

Abonnieren
